

Gegenvorschlag zur Uferweg- Volksinitiative

ZÜRICHSEE. Der Zürcher Regierungsrat lehnt einen durchgängigen Seeuferweg ab, will aber jährlich 6 Mio. Franken für den Bau von Uferwegen bereitstellen. *ZSZv, 23.4.11*

Die Initiative «Zürisee für alle» sei «in ihrer absoluten Form» aus ökologischen, rechtlichen und finanziellen Gründen kaum umsetzbar, schreibt der Zürcher Regierungsrat in einer Mitteilung. Der Verein, der in erster Linie von der SP unterstützt wird, fordert innerhalb von zehn Jahren einen Weg direkt am Ufer.

Rund 50 Prozent des Seeufers befänden sich in Privatbesitz, schreibt der Regierungsrat. Grundsätzlich stehe dieses Land unter dem Schutz der Eigentumsgarantie der Bundesverfassung. Gemäss einer Schätzung müsste mit Kosten von mindestens 200 bis 250 Millionen Franken für den Landerwerb gerechnet werden.

Alle Gewässer fördern

Grundsätzlich anerkennt der Regierungsrat das Ziel, den Zugang zum Zürichsee zu verbessern. Das gelte aber für alle Gewässer im Kanton Zürich. Er stellt deshalb der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber und schlägt vor, im Strassengesetz einen jährlichen Betrag von 6 Mio. Franken für den Bau von Uferwegen entlang der Zürcher Seen und Flüsse vorzusehen. Folgt der Kantonsrat dem Antrag des Regierungsrates, wird sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung unterbreitet. (sda)